

hembacher notizen

September 2023

Marcel Schneider lädt auf den roten Friseur-Stuhl ein **Willkommen zum kostenlosen Styling bei einem lockeren Gespräch**

Marcel Schneider will es noch einmal wissen. Er tritt als Listenkandidat der SPD bei der Landtagswahl an. Am **16. September ab 8 Uhr** haben Sie die Chance, sich mit ihm zu Themen, die Sie beschäftigen, auszutauschen. Er hat seinen roten Friseur-Stuhl dabei, damit Sie nach dem Gespräch gut informiert, motiviert und – sollte das überhaupt möglich sein – noch ein bisschen schöner sind.

Liebe Hembacherinnen, liebe Hembacher,

viele von Ihnen haben mich 2020 in den Kreistag gewählt, daher sehe ich es als meine Aufgabe an, Sie regelmäßig über den Stand der Dinge zu informieren. Die erste, hervorragende Nachricht: **Der Landkreis Roth ist schuldenfrei.**

Nahverkehrsplan verabschiedet

Mit einer Stimme Mehrheit hat der Kreistag dem von Landrat Ben Schwarz zur Abstimmung vorgelegten Nahverkehrsplan zugestimmt. Bis 2030 soll er auch die ländlichen Gemeinden an den ÖPNV anbinden. Künftig wird es landkreisweite Expresslinien im Stundentakt geben. Ergänzt werden diese durch Orts- und Bedarfsverkehre. Ein weiteres Augenmerk liegt auf der Verknüpfung von Bahn, Bus, Auto, Fuß- und Radverkehr sowie barrierefreien Haltestellen.

Neubau der Kreisklinik Roth

Die Kreisklinik Roth hat eine zentrale Funktion für unsere Gesundheitsversorgung. Daher freue ich mich über die großen Fortschritte beim Neubau. Einige Stationen sind bereits umgezogen. Besonders erfreulich: Die Baukosten sind im Rahmen der Kalkulation geblieben.

Ich bitte Sie um Ihre Zweitstimme am 8. Oktober 2023!

Bei der kommenden Landtagswahl bin ich Listenkandidat der SPD. Sie finden meinen Namen auf Platz 24 der SPD-Liste. Ihre Zweitstimme kann mich nach oben katapultieren, damit ich Rednitzhembach und den Landkreis Roth stark im Bayerischen Landtag vertreten kann.

Seit vielen Jahren engagiere ich mich für sozial benachteiligte und behinderte Menschen sowie den Tierschutz. Doch auch bei Themen wie der Handwerksausbildung, bezahlbarem Wohnen, Naturschutz, Bildungspolitik und Kinderbetreuung liegt unter dem weiß-blauen Himmel vieles im Argen. Politik muss für die Vielen und nicht für die paar Großkopferten gemacht werden. Dafür will ich mich mit aller Kraft einsetzen.

Ich würde mich sehr über Ihre Stimme freuen und wünsche Ihnen bis dahin eine gute Zeit. Bleiben Sie gesund und munter!

Ihr Kreisrat Marcel Schneider



Wir stimmen für Vote 16

Derzeit werden in ganz Bayern Unterschriften für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei bayerischen Kommunal- und Landtagswahlen gesammelt. 25.000 Unterschriften sind notwendig, um das Volksbegehren beantragen zu können.



Warum die SPD als Teil eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses dafür ist? Junge Menschen arbeiten, engagieren sich ehrenamtlich und tragen aktiv zur Gesellschaft bei. Wer eine Ausbildung macht oder bereits arbeitet und mit Steuern unser Sozialsystem mitfinanziert, der verdient es, dass seine oder ihre Stimme zählt.

Wenn auch Sie unterschreiben möchten, kommen Sie gerne zu einem unserer Infostände (Termine siehe unten), schreiben Sie uns eine Mail an goedel@spd-rednitzhembach.de oder senden Sie uns eine Facebook-Nachricht auf [@spdrednitzhembach](https://www.facebook.com/spdrednitzhembach).

Kommende Termine:

**Infostände zur
Bezirks- und Landtagswahl**
Samstag 02.09. und 16.09.
Bahnhofstraße, mit Glücksrad

Marcel Schneiders Friseur-Stuhl
Samstag 16.09. ab 8 Uhr,
Parkplatz
Bahnhofstraße/Flurstraße

**Bürger:innenspaziergang ins
Baugebiet Untermainbach**

Samstag 23.09., Treff-
punkt 10 Uhr Bahn-
hof Rednitzhembach

REDNITZHEMBACH

SPD

Heinz Röttenbacher hat ein riesengroßes Herz für Hembach

Danke für 45 Jahre im Gemeinderat, lieber Heinz

Als Heinz Röttenbacher 1978 gleich bei seiner ersten Kandidatur in den Hembacher Gemeinderat gewählt wird, ist er mit 28 Jahren der junge Wilde, fühlt sich unter all den Honoratioren des Öfteren fehl am Platz. 45 Jahre später ist er immer noch mit der gleichen Leidenschaft dabei, wenn es um die Entwicklung unserer Gemeinde geht. Am 25. Mai wurde er im Gemeinderat von BGM Jürgen Spahl und SPD-Fraktionssprecher Robert Gödel geehrt. In diesem Artikel plaudert er ein bisschen aus dem Nähkästchen, wie es so war – in der Opposition und als Teil der „Regierungsmehrheit“.



Ben Schwarz und Ortsvereins-Vorsitzender Robert Gödel gratulieren Jubilar Heinz Röttenbacher.

Angefangen hat alles mit der Planung der Schwabacher Sondermüllverbrennungsanlage. Ich hatte mich gegen den Bau in einer Bürgerinitiative engagiert, aus der die Bürgervereinigung Rednitzhembach BVR hervorging. 1978 kandidierte ich für den Gemeinderat und wurde auf Anhieb als Jüngster in den Gemeinderat gewählt. Wir bildeten eine Fraktionsgemeinschaft mit der SPD, nach Auflösung der BVR im Jahr 2003 wurde ich SPD-Mitglied.



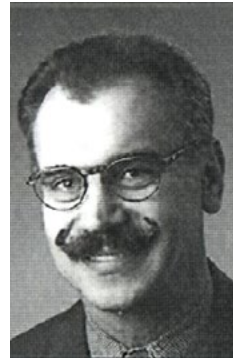
Heinz Röttenbacher 1990

Als Opposition hatten wir unter BGM Schmidt nicht gerade einen einfachen Stand. Im alten Rathaus wurde manchmal auf Teufel komm raus gestritten und geraucht, die Luft war aus mehreren Gründen zum Schneiden dick. Glücklicherweise geht es heute gesittet und respektvoll zu.

Die Gemeinde wuchs rasant. Beim Bau des Gemeindezentrums hatten wir andere Vorstellungen als der Bürgermeister, aber nach gegenseitigen Zugeständnissen stimmten wir zu. Entgegen der ursprünglichen Zusagen wurde die Turnhalle kleiner gebaut, sodass keine Zuschauertribüne Platz hatte – in meinen Augen noch heute der größte Mangel. Auch eine fest eingebaute Bühne fehlte am Ende und der im Keller geplante Jugendraum war so unvorteilhaft, dass er bald als Registratur diente.

Langweilig wurde es in den 45 Jahren nie. Die Erweiterung der Schule und der Neubau der Feuerwehr standen an, neue Baugebiete wurden ausgewiesen, Wasserwerk und Kläranlage mussten an die wachsende Einwohnerzahl angepasst werden. Damals waren es rund 3000, heute sind wir bei mehr als 7.000. 2005 dann beschäftigte uns der Neubau des Rathauses und der Tiefgarage. Ein Gemeinderats-Beschluss ist mir besonders wichtig: in den 1980er Jahren fassten wir unter dem SPD-Bürgermeister Rolf Schultheiß ein Grundsatzbeschluss, dass größere Baugebiete

erst baureif gemacht werden, wenn die Grundstücke in Gemeindebesitz sind und erschlossen werden. Dadurch wurde die Baulandspekulation eingedämmt und die Erschließungskosten wurden gerecht verteilt. Hembach war damals Vorreiter bei dieser Praxis, heute ist sie Standard. Dank kluger Politik gelang es Schultheiß auch, die vor seiner Zeit angehäuften Schulden bis 1996 zu halbieren.



Heinz Röttenbacher 1996

Als Mitglied im Bauausschuss seit 1978 und im Aufsichtsrat der Gemeindewerke seit 2008 konnte ich mitgestalten und mitbestimmen und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vertreten. Darüber hinaus war ich zwei Perioden im Evangelischen Kirchenvorstand und Jugendleiter. Ich bin in vielen Hembacher Vereinen Mitglied, seit 60 Jahren im Theater aktiv, davon seit 27 Jahren als 1. Vorstand. Daher gilt mein Augenmerk auch den Vereinen und ihrer Zukunft.

Ich wünsche mir, dass es uns gelingt, die Jugend wieder mehr für das Gemeinwesen und die Politik zu interessieren, denn nur gemeinsam können wir die Fragen unserer Zeit lösen.

Vielen Dank an alle, die mir in diesen 45 Jahren ihr Vertrauen geschenkt haben. Sie können sich sicher sein, dass ich für Ihre Sorgen und Wünsche jederzeit ein offenes Ohr habe.

Ihr
Heinz Röttenbacher,
Gemeinderat



Keine Mehrheit im Gemeinderat

SPD-Antrag auf „Bürgerbeteiligung bei der Bauleitplanung“ wird abgelehnt

Wer unserer Politik folgt, weiß, dass uns die behutsame und zukunftsorientierte Entwicklung von Rednitzhembach wichtig ist. Bauland und bezahlbarer Wohnraum sind bekanntermaßen knapp. Bereits im Februar 2022 war ein SPD-Antrag, ein Entwicklungskonzept für das geplante Baugebiet im Westen von Untermainbach zu entwickeln, im Gemeinderat abgelehnt worden.

Im Mai 2023 fiel ein weiterer SPD-Antrag zu Untermainbach im Gemeinderat durch. Bürgermeister Spahl gab mit seiner Stimme den Ausschlag gegen die von SPD und Grünen unterstützte Initiative für eine informelle Bürgerbeteiligung bei der Bauleitplanung.



Das Vertrauen in die Demokratie wird derzeit von vielen Seiten untergraben. Wir würden daher den Bürgerinnen und Bürgern gerne viel mehr Angebote machen, sich mit ihren Ideen und Wünschen in die Kommunalpolitik einzubringen. Darüber hinaus ist unser Boden ein kostbares und endliches Gut. Als flächenmäßig kleinste Kommune im Landkreis haben wir kaum noch Möglichkeiten, neue Baugebiete zu erschließen.

Die Reaktionen auf den Antrag waren leider – wie fast immer – in das progressive und das konservative Lager geteilt. Die Pro-Seite meinte, so könne man z.B. herausfinden, ob ältere Menschen, die bisher alleine in einem großen Haus wohnen, an kleinerem Wohnraum interessiert seien, außerdem stärke diese Einladung an die Bürger:innen die Demokratie. Das alles gäbe es schon, zu den Bürgerversammlungen käme auch kein Mensch, es würde eh keiner mitmachen und außerdem könne man nicht jeden Wunsch erfüllen, so die Antragsgegner.

Beschlossen wurde schließlich, die Gemeinde solle die Bürger:innen dazu aufrufen, die Gemeinderät:innen anzusprechen. Das ist in unseren Augen keine echte Bürgerbeteiligung, sondern ein Feigenblatt. Das verstehen wir darunter:

Die Bürgerbeteiligung soll Einwohnerinnen und Einwohnern Verantwortung für die Gestaltung der Gemeinde sowie eine Mitsprache ermöglichen. Sie kann Erfahrung und Sachverstand der Einwohnerinnen und Einwohner zum Wohle der Gemeinde nutzen und neue oder bessere Lösungswege im Dialog finden und beschreiten. Das Miteinander in der Gemeinde wird gestärkt und die Akzeptanz von Entscheidungen verbessert. Es schafft Vertrauen zwischen Gemeinderat, Verwaltung und Einwohnerschaft und die Transparenz und Qualität der Entscheidungen werden erhöht.

Unser Antrag als PDF



Bitte den 23.09., 10 Uhr vormerken:

Einladung zu einem Bürger:innenspaziergang ins geplante Baugebiet Untermainbach

Wir lassen uns von der Ablehnung durch die Fraktionen der CSU und des Neutralen Blocks nicht entmutigen. Ja, das Interesse, Hembachs Entwicklung mitzugestalten, könnte größer sein. Daher wollen wir nun öfter niederschwellige Angebote machen.

Eines davon ist ein Bürger:innenspaziergang am Samstag, den 23.09.2023 ins geplante Baugebiet Untermainbach. Wir laden Sie ein, sich mit unseren Gemeinderät:innen und Mitgliedern des SPD-Ortsvereins zu Ihren Ideen und Bedürfnissen auszutauschen. Sei es zum neuen Baugebiet oder zu Themen wie bezahlbarer Wohnraum für junge Familien, kommunale Energiewende oder Wohnangebote für alleinlebende Menschen, um sie vor Vereinsamung zu bewahren. Auf dem Weg nach Untermainbach machen wir am Spielplatz in der Steigerwaldstraße und im Baugebiet am Hohen Hof Station.

Treffpunkt: 23.09.2023, 10 Uhr am Bahnhof Rednitzhembach

Immer mehr Menschen können sich das Wohnen in Bayern nicht mehr leisten. Damit Wohnen wieder bezahlbar wird, haben wir einen **konkreten Plan**:



weniger Bürokratie beim Bauen



ein Stockwerk mehr ermöglichen



günstiger Baugrund vom Freistaat und **mehr Geld** für unsere **Städte und Gemeinden**



Spekulation mit Bauland muss höher **besteuert** werden

SPD Soziale Politik für Dich.

SPD-Antrag auf kommunale Förderung von Balkonkraftwerken fast einstimmig angenommen

Ebenfalls im Mai 2023 wurde der Antrag der SPD Rednitzhembach, die Anschaffung von Balkonkraftwerken mit einem Zuschuss zu fördern, in der Gemeinderatssitzung behandelt. Warum uns das wichtig war?

Balkonkraftwerke sind eine Möglichkeit, die Stromrechnung zu reduzieren, indem selbst produzierter Strom genutzt wird. Mini-Solarkraftwerke leisten darüber hinaus einen Beitrag zum Klimaschutz: Sie nutzen die erneuerbare Energiequelle Sonne und tragen damit zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes bei. Sie tragen zur dezentralen Energieerzeugung bei und sind geeignet, die Bürger:innen für erneuerbare Energien zu sensibilisieren und das Bewusstsein für den Klimaschutz zu erhöhen. Durch die aktuellen Marktpreise amortisieren sich die Kraftwerke eigenfinanziert nach 5 bis 10 Jahren. Diese Schwelle kann durch eine Förderung deutlich gesenkt werden.



Fraktionssprecher Robert Gödel ergänzte den Antrag nach der Diskussion wie folgt: „Analog der Förderung von energieeffizienten Haushaltsgeräten wird die Anschaffung von Balkonkraftwerken mit 10 % der Anschaffungskosten, maximal 50,00 € gefördert“. Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag mit 17:1 Stimmen angenommen.

Spende an den CVJM Rednitzhembach

Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des CVJM Rednitzhembach überbrachte Fraktionssprecher Robert Gödel eine Spende der SPD-Gemeinderatsfraktion.



Robert Gödel bei Spendenübergabe Foto: CVJM

Mittlerweile ist es gute Tradition, dass die fünf Rednitzhembacher SPD-Gemeinderät:innen jeweils 15 Euro aus der Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an Gemeinderats- oder Ausschusssitzungen in einen gemeinsamen Topf einlegen. In 500-Euro-Tranchen werden regelmäßig gemeinnützige Projekte in der Region mit einer Spende bedacht. Diesmal haben wir den CVJM für die Betreuung der offenen Jugendarbeit in Rednitzhembach unterstützt.

Sie haben am 8.10.2023 die Wahl: Machen Sie bitte von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!

Am 14. Mai dieses Jahres fand die Stichwahl zum Landrat im Landkreis Roth statt. Die Wahlbeteiligung lag in Rednitzhembach an diesem Tag bei erschreckend geringen 37,29 Prozent. Schon im ersten Wahlgang waren nur 42,1 Prozent der Wahlberechtigten aus unserer Gemeinde zur Wahl gegangen. Nicht einmal jeder oder jede Zweite machte ein Kreuzchen auf dem Stimmzettel, obwohl es doch auch die Möglichkeit der Briefwahl gab.

Unsere im Grundgesetz garantierte Demokratie lebt aber gerade vom Mitmachen und Mitbestimmen. Das Wahlrecht ist ein unschätzbares Privileg, von dem jeder Wahlberechtigte auf jeden Fall Gebrauch machen sollte. Auch Ihre Stimme zählt, man sollte doch nicht andere darüber entscheiden lassen, wer einen zukünftig vertritt.

Wählen zu gehen, heißt Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen und sie mitzugestalten. Durch die Teilnahme an einer Wahl kann man durchaus Einfluss auf die Politik nehmen und somit auf wichtige Fragen des Alltags. Wer nicht wählt, erleichtert es zudem extremistischen Strömungen, einen größeren Einfluss auf die Politik zu bekommen. In vielen Ländern weltweit sind die Freiheiten und Rechte der Menschen eingeschränkt. Was das bedeutet?



Keine Wahlfreiheit, keine Pressefreiheit, kein Demonstrationsrecht, kein Recht auf politisches oder gewerkschaftliches Engagement und keine freie Meinungsäußerung. Umso unverständlicher ist der Wunsch von rund 20 Prozent der Menschen hierzulande nach einer Diktatur. Hatten wir schon einmal und die Geschichte hat gezeigt, dass Unfreiheit keine Grundlage für Glück und Wohlstand ist, sondern in die Katastrophe führt. Deshalb gehen Sie bitte am 8. Oktober zur Landtags- und Bezirkstagswahl und machen Sie von Ihrem persönlichen Wahlrecht Gebrauch.

Ihre Anita Kohl,
Gemeinderätin

Kommentar zur Landtagswahl 2023

Wer ist hier eigentlich konservativ?

Das Erfolgsgeheimnis der bayerischen Regierung ist einfach: Sie wettern gegen Spaßbremsen und Störenfriede, die ihre vermeintlich heile Welt zerstören wollen, und lenken damit von eigenen Versäumnissen ab. Aber, wenn die Motivation konservativer Parteien [lat. „conser-vare“ für erhalten] darin besteht, die abendländische Kultur und Gottes Schöpfung zu bewahren, warum tun sie es dann nicht?

**Machen
statt
Södern!**

SPD Soziale Politik für Dich.

Früher wetterte man in der CSU gegen den vermaledeiten Saupreiß und die rote Gefahr, heute ist Robert Habeck der neue Erzfeind. Ja, genau der, der nach dem Ukrainekrieg die Energieversorgung sichergestellt hat. Und überhaupt die Ampel. Die führt uns mit ihren überzogenen Forderungen nach Klimaschutz in grüne, soziale Armut, sagt der Ministerpräsident. Vielleicht sollte er mal bei der Allianz Versicherung in München vorbeischauen. Die Versicherungswirtschaft fordert seit Jahren Maßnahmen wie klimangepasstes Bauen und Sanieren und eine Verringerung der Flächenversiegelung. Alles grüne Spinner?

Wir stehen gerade vor gewaltigen Herausforderungen. Die Regierung hat mit den Auswirkungen von Pandemie, Ukrainekrieg, Energieknappheit und Klimawandel riesige Themen zu



bewältigen, aber mit ein bisschen Kulturkampf gegen das Gendern, Gleichstellung und Veganismus kommt man halt leichter ins Gespräch. Ich verstehe, dass viele Menschen verunsichert sind. Aber Ängste bewusst zu schüren, ist verantwortungslos. Und nur Dagegensein ist nicht Konservativsein. Wenn wir tatsächlich unsere Natur und unsere Kultur bewahren möchten, muss die Politik aktiv lenken.

Fränkisches Bier und fränkischer Wein sind uns heilig. Aber den Weinbauern, Bierbauern und Hopfenbauern geht eher früher als später das Wasser aus. Der Wassermangel bleibt, auch wenn Wirtschaftsminister Aiwanger lieber den Klimawandel herunterspielt als aktiv zu werden. Weltweit waren der Juni und der Juli 2023 die heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Kein Grund zur Panik findet die bayerische Staatsregierung.

Söder und Aiwanger verkennen eines: Unser Wohlstand ist durch ihr Nichtstun bedroht. Die Menschen brau-

chen bezahlbaren Wohnraum. Bayern hat für die 33.000 landeseigenen Wohnungen, die 2013 verhökert wurden, immer noch keinen Ersatz geschaffen. 2011 versprach Umweltminister Markus Söder 1.500 neue Windräder bis 2021 in Bayern. Ganze drei wurden bisher 2023 aufgestellt. Die Angst vor den Windkraftgegnern ist halt mächtig.

In diesem Sinne: z'samhalten statt spalten!

Ihre Ina Falkner,
Vorstandsmitglied SPD Rednitzhembach



160 Jahre SPD

160 Jahre Kampf für Freiheit, Bildung, soziale Absicherung und Gleichberechtigung

Wahlen haben Konsequenzen. Vielleicht haben Sie es mitbekommen, dass die rechtsextreme italienische Regierung gerade 160.000 Haushalte kurz vor Monatsende per SMS darüber informiert hat, dass ihnen die Sozialleistungen gestrichen wurden, weitere werden folgen. Und wieder einmal erweist sich: Erst, wenn die Unmenschlichkeit das Steuer übernommen hat, wird uns bewusst, wie wichtig eine menschliche Politik für die Vielen und nicht für die Wenigen ist. Aufgrund der herausfordernden Zeiten bleibt der SPD gerade wenig Zeit zum Feiern, aber umso mehr Ansporn zum Dranbleiben.



Bundesarchiv, B 145 Bild-F048645-0020 und Bild-F066927-0015 / Wegmann, Ludwig / CC-BY-SA 3.0

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Die SPD ist die älteste Partei Deutschlands und wurde 1869, damals noch unter dem Namen Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein, gegründet. „Der neue Reichsfeind“ wurde im Kaiserreich sofort bekämpft und aufgrund einer Lüge Bismarcks, die SPD hätte Attentate auf den Kaiser verübt, zwischen 1871 und 1878 verboten. Auch diese Episode ist eine eindringliche Erinnerung daran, dass die Lüge schon immer ein gern genutztes Mittel ist, um kritische Stimmen zu unterdrücken – und dass es manchmal unbändigen Mut braucht, sich ihr entgegenzustellen.



Der SPD-Abgeordnete Otto Wels hielt am 23. März 1933 im Reichstag eine der mutigsten Reden, die jemals gehalten wurde. Die Schergen der SA waren bereits im Saal, als er im Namen aller 94 SPD-Abgeordneten, die an diesem Tag als einzige gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmen würden – die kommunistische Partei war bereits verboten – den berühmten Satz sprach: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ – „Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und

der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten!“

Hitler höhnte: „Sie sind wehleidig, meine Herren, und nicht für die heutige Zeit bestimmt, wenn Sie jetzt schon von Verfolgung sprechen. Was ist Ihnen geschehen? Sie sitzen hier, und geduldig hört man Ihren Redner an. Sie reden von Verfolgung. Wer hat Sie denn bisher verfolgt?“ – 26 der 120 SPD-Abgeordneten hatten zur Abstimmung nicht erscheinen können, weil sie bereits verhaftet, misshandelt, totgeprügelt oder ins Exil geflohen waren. Am 22. Juni wurde die

SPD verboten und viele engagierten sich im Widerstand wie Julius Leber, der noch im Januar 1945 von den Nazis hingerichtet wurde. Die SPD weiß seit ihrer Gründung, was es heißt, wenn Freiheit eingeschränkt wird. Sie bekämpft daher jede Form von Rassismus, Faschismus und Diskriminierung.

„Wissen ist Macht.“

Von Wilhelm Liebknecht, einem der Mitbegründer der SPD, stammt die Aussage „Wissen ist Macht.“ Das Aufstiegsversprechen durch Bildung ist eine zentrale Forderung der SPD. Auch die gesetzliche Rente, die gesetzliche Krankenversicherung, das Frauenwahlrecht, der Acht-Stunden-Tag, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die tarifliche Mitbestimmung sind Errungenschaften der Sozialdemokratie. Bereits ab 1891 stand das Wahlrecht für alle im SPD-Programm. Am 19. Februar 1919 sprach die Sozialdemokratin Marie Juchacz als erste gewählte Frau vor der Weimarer Nationalversammlung und kommentierte das erkämpfte Frauenwahlrecht: „Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“

Männer und Frauen sind gleichberechtigt

Nach dem 2. Weltkrieg sind Frauen in der BRD immer noch Menschen zweiter Klasse. Sie werden zwar als Trümmerfrauen in



den Himmel gehoben, aber zuhause hat der Gatte in Familienangelegenheiten auch rechtlich das alleinige Sagen. Der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert, eine der „vier Mütter des Grundgesetzes“ ist die Formulierung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ im Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes

zu verdanken. Sie musste ihr Rechtsverständnis gegen viele Widerstände durchsetzen, mit der Konsequenz, dass Frauen heute auf allen Gebieten Rechtsgleichheit besitzen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind es auch, die das Abtreibungsverbot des § 218 abgeschafft haben und die sich bis heute dafür einsetzen, dass Schwangerschaftsabbruch nicht länger als Straftat gilt.

Lassen Sie uns gemeinsam eine bessere Zukunft gestalten

Es hat heute oft den Anschein, konservative und reaktionäre Kräfte würden unsere Gesellschaft am liebsten in die 1950er Jahre zurückversetzen. Und der Ton wird immer schärfer. Diejenigen, die ihnen widersprechen, werden gerne als Gegner der Meinungsfreiheit, linke Faschisten oder Antidemokraten beschimpft. Damit wird der Terror der Nazizeit auf unerträgliche Weise verharmlost. Ein Blick zurück zu den Anfängen der Sozialdemokratie zeigt, dass (Meinungs-)Freiheit, Wahlrecht und soziale Absicherung für alle hart erkämpft werden mussten. Es wird immer Kräfte geben, die uns das wieder nehmen wollen. Teile der Union reden mittlerweile ungeniert über die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, der Abschaffung der Rente mit 63 und des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks. Mit Parolen wie „Sozial wäre, wenn alle ‚Faulen‘ knallhart aussortiert werden, um nur echt Bedürftigen zu helfen“, traut sich so mancher, sein unsägliches Menschenbild öffentlich zur Schau zu tragen.

Ach ja, und auf kommunaler Ebene könne man ja durchaus mit der AfD zusammenarbeiten. Die Brandmauer nach rechts wackelt. Lassen Sie uns achtsam bleiben und lieber gemeinsam eine bessere Zukunft gestalten, als uns in die Vergangenheit zurückzuwünschen.

Künftig keine Ganztagesklassen mehr?

In der Juli-Sitzung des Gemeinderats teilte die Verwaltung mit, dass es im Schuljahr 2023/24 für Erstklässler:innen keine Eingangsklasse geben wird. Für Ganztagesklassen ist eine zweite Lehrkraft vorgesehen, die die Schulleitung nicht zur Verfügung hat.



Ministerpräsident Söders Antwort auf den sich seit Jahren anbahnenden Lehrermangel: Teilzeitlehrkräfte sollten halt „mal freiwillig eine Stunde länger arbeiten“. Bildungsminister Piazzolo spricht immer noch von ausreichend Lehrpersonal, während uns die verfehlte, bayerische Schulpolitik mit weitreichenden und kostenintensiven Folgen trifft:

Nun muss nämlich die Gemeinde das kostenpflichtige Angebot an Mittagsbetreuung und Hortplätzen ausweiten. Eine ziemliche Herausforderung in Anbetracht der kommenden Betreuungsplatzgarantie für die Grundschule. Selbst, wenn im Schulbereich vorübergehend Hortplätze zur Verfügung gestellt werden können, das Grundproblem bleibt, denn auch der Träger der Einrichtung muss ausreichend qualifiziertes Personal bereitstellen.

„Da macht sich der Staat einen schlanken Fuß und wälzt die Probleme auf die Städte und Gemeinden ab“, so Gemeinderat Heinz Röttenbacher in der Gemeinderatssitzung. Und leider hat er damit Recht!

Robert Gödel,
SPD-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat

Bestens ausgebildet für kommunalpolitische Aufgaben

In zehn Modulen verteilt auf 10 Monate bereitet die SPD Mittelfranken talentierte und engagierte Menschen aus ihren Reihen auf das Mitwirken in der Kommunalpolitik vor. Im Jahrgang 2022/23 absolvierte unser stellvertretende Vorsitzende Florian Barth unterschiedlich lange Wochenend-Seminare und erlangte so tiefe Einblicke in Zusammenhänge und Regelungen in der kommunalen Politik.

Wir freuen uns, dass Florian über die KOMMIT nun so richtig Fuß gefasst hat in der Kommunalpolitik und sein Interesse und Gespür für politische Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls nun mit fundiertem Fachwissen noch besser in die Tat umsetzen kann.



Fröhliche Gesichter bei der Zertifikats-Übergabe in Zirndorf v.l.n.r.: Anna Haas, Paul Neubert, Sandra Hauber, Florian Barth, Tobias Klaus, Daniel Geckert, Oskar Brabanski, Fabian Schlosser

FLORIAN VON BRUNN



BAYERN BRAUCHT BEZAHLBARE ENERGIE

Wir zünden den Turbo für bezahlbare und saubere Energie, indem wir Windkraft, Erdwärme, Speicher und Leitungen zügig ausbauen und Genehmigungsverfahren massiv beschleunigen.

Und wir heben Bayerns unterirdischen Schatz: die **Erdwärme**. Alleine mit dieser Technologie werden wir **40 Prozent** unseres Wärmebedarfs decken können.

Damit für alle der **Heizungstausch** bezahlbar ist, werden wir zusätzlich **100 Millionen Euro** bereitstellen.

BAYERN BRAUCHT DIE BESTE BILDUNG

Wir ermöglichen eine bessere Ausbildung für alle. Schulklassen werden wir auf maximal 20 Kinder begrenzen.

Zudem wird es ein **Recht auf einen Ganztagschulplatz** geben und ein **kostenfreies Frühstück und Mittagessen** für alle Kinder. So sorgen wir für eine gerechte und optimale Betreuung.

Außerdem machen wir die gesamte **Ausbildung** von der KiTa bis zum Master bzw. Meister*in **kostenfrei**.

**MEHR SOZIALE
POLITIK FÜR BAYERN:**

 @bayernspd
 @bayernspd
 @bayernspd

**AM 8.10.
ALLE STIMMEN
FÜR DIE SPD!**

SPD

Soziale
Politik für
Dich.

WAS BAYERN JETZT BRAUCHT



BAYERN BRAUCHT EINE GESUNDE PFLEGE

Wir setzen die Menschen im Gesundheitswesen wieder auf **Platz 1 – und nicht den Profit**. Dafür wollen wir mehr Krankenhäuser und Pflegeheime in der Hand von Städten und Gemeinden.

Um pflegende Angehörige zu unterstützen, führen wir eine **Lohnersatzleistung** ein. Außerdem machen wir die Pflege in Heimen um **monatlich rund 500 Euro günstiger**.

Pflege muss fair und gerecht sein. Dafür schaffen wir nach und nach die Leiharbeit in der Pflege ab und gleichen die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen an. Zusätzlich fördern wir Pflegehotels, damit Pflegebedürftige und ihre Angehörigen gemeinsam verreisen können.

BAYERN BRAUCHT BEZAHLBARES WOHNEN

Wir machen Tempo beim Wohnungsbau. Mit viel weniger Bürokratie und mehr digitalen Abläufen werden wir **80.000 Wohnungen pro Jahr bauen**. 15.000 davon in öffentlicher Hand.

Flächen dürfen nicht leer stehen, nur damit Investoren mit ihnen spekulieren können. Wir werden die Spekulation mit Bauland höher besteuern und unattraktiv machen.

So zeigen wir Leerstand die rote Karte!

Zusätzlich werden wir in **Werkwohnungen** für Pflegekräfte und öffentlich Bedienstete investieren und die Zahl der **Wohnheimplätze für Azubis und Studierende erhöhen**.

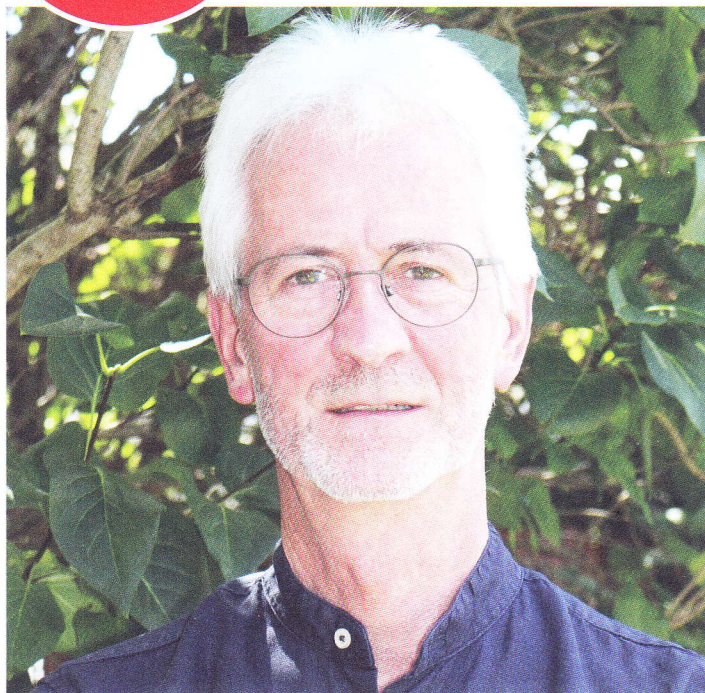


**SPD
WÄHLEN!**

Landtagswahl am 8. Oktober 2023

Für mehr kommunalpolitische Kompetenz im Bayerischen Landtag

MARKUS MAHL IST SPD-DIREKTKANDIDAT



Seit 2008 ist Markus Mahl 1. Bürgermeister von Hilpoltstein und Kreisrat. Jetzt will er sich im Bayerischen Landtag für eine bessere Förderung der Kommunen einsetzen.

Seit knapp einem Jahr bin ich nun SPD-Direktkandidat für die Landtagswahl. Neben viel positiver Zustimmung kommt manchmal die Frage, warum ich mir das mit 64 Jahren noch antue. Die Antwort lautet: Weil ich glaube, mit meinem juristischen Studium, der vielfältigen Berufs- und Lebenserfahrung und insbesondere mit meinen kommunalpolitischen Kenntnissen im Bayerischen Landtag zusätzliche und eigene Impulse, Gedanken und Ideen einbringen zu können.

Braucht der Landtag überhaupt verstärkt kommunalpolitische Erfahrungen und Kompetenzen?

Lassen wir das Wahlkampfgeschrei zwischen CSU/FW und der Ampel in Berlin mal außer Betracht, dann wissen wir: Die 2.056 Kommunen legen die Basis für ein wirtschaftlich erfolgreiches und lebenswertes Bayern. Dort schaffen wir die Voraussetzungen für Wohn- und Gewerbegebiete, für die Ansiedlung von Betrieben, Dienstleistern und Ärzten; wir bauen KiTas, Horte und Schulen; wir betreiben Kliniken, Bäder und unterbreiten kulturelle Angebote; wir unterstützen Vereine, sorgen für eine funktionierende Wasserver- und Abwasserentsorgung und statuen unsere Feuerwehren mit den notwendigen Ausrüstungsgegenständen aus. Wir bringen die regenerative Energien voran, sind Wegbereiter für Klimawandel und Verkehrswende,

Alleine können wir Gemeinden diese Aufgaben nicht stemmen, deswegen ist es richtig, vom Landtag finanziell unterstützt zu werden. Kurz zusammengefasst: Die Kommunen brauchen das Land, aber auch das Land braucht die Kommunen.

Nachfolgend exemplarisch einige Bereiche, in denen ich im Landtag für Verbesserungen sorgen will:

Fachkräftemangel: Wir bauen KiTas und Horte, aber uns fehlen die Fachkräfte. Wo kommen die zusätzlichen her, wenn ab 2026 der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter kommt?

Förderbeträge anpassen: Sollen wir Kommunen weiterhin die notwendigen Einrichtungen bauen, müssen die staatlichen Kostenrichtwerte an die aktuellen Teuerungsraten angepasst werden. Sonst können manche Gemeinden den Eigenanteil nicht mehr finanzieren.

Mehr Lehrer ausbilden: Wir bauen und unterhalten Schulen, aber seit Jahren fehlen fast überall die Lehrkräfte. Ab September sind Stundenausfälle vorprogrammiert. Der Kultusminister hat über Jahre hinweg das Problem der fehlenden Lehrkräfte geleugnet. Und nun? Anstatt mehr Lehrer auszubilden, wirbt er z.B. im benachbarten Baden-Württemberg Lehrkräfte ab. Ein „no go“!

Verlässliche Partnerschaft: Wir Kommunen brauchen das Land als verlässlichen Partner in Finanzierungsfragen. Wir verzichten gerne auf neue Förderprogramme mit hohem Verwaltungsaufwand, wenn wir eine solide Grundausstattung von z.B. 15% am Aufkommen der Gemeinschaftssteuern erhalten. Zugesagte Gelder müssen pünktlich kommen und nicht erst Jahre später, weil sonst die Zahlungsfähigkeit der Kommunen nicht mehr sichergestellt ist.

Baulandmobilisierung: Für die Schaffung von Wohnraum brauchen wir effektive bodenrechtliche Steuerungsmöglichkeiten. Die Grundsteuer C oder wirksame Vorkaufsrechte für uns Kommunen wären wichtig.

Gleichartige Lebensverhältnisse: Gerade im eher ländlich strukturierten Bereich fehlt – anders als in den Städten – ein guter öffentlicher Nahverkehr. Wollen wir hier zur Verkehrswende beitragen, brauchen wir verstärkt finanzielle Unterstützung von (Bund und) Land. Der neue Nahverkehrsplan des Landkreises zeigt auf, wie ein deutlich verbessertes Verkehrsangebot aussehen kann.

Vorrang für das Rad: Eine klimaneutrale Verkehrsabwicklung benötigt eine Verstärkung des Radverkehrs. Was v.a. fehlt, ist (rad-)fachliche Unterstützung durch ausreichend und entsprechend geschultes Personal auf allen Ebenen. Die AGFK fordert dies insb. für die staatlichen Bauämter und Polizei.

Und, und, und...: Schaffung von Wohnraum (auch eine kommunale Aufgabe!), Bürokratieabbau, Digitalisierung, Grundwasserschutz, Ausbau regenerativer Energien, ... - die Liste ist lang.

Sie sehen also: Anknüpfungspunkte und gemeinsame Arbeitsfelder gibt es genug. Deshalb bitte ich um Ihre Stimme und verspreche, dass ich mich als Landtagsabgeordneter mit vollem Engagement um die Belange unseres schönen Landkreises Roth einsetzen werde.

Ihr

IHRE ZWEITSTIMME FÜR MARCEL SCHNEIDER



SPD-Listenkandidat für die Landtagswahl ist der SPD-Kreisrat Marcel Schneider. Der Rednitzhembacher Friseurmeister war 2018 Landtagsdirektkandidat der SPD im Landkreis Roth.

LISTE 5, PLATZ 24

Der 35-jährige Rother Bezirksrat Sven Ehrhardt tritt wieder zur Bezirkstagswahl an

FÜR EINEN STARKEN SOZIALSTAAT

Die politische Arbeit im Bezirkstag läuft oft fernab der allgemeinen Wahrnehmung oder Berichterstattung. Dabei bewegt der Bezirk allein im sozialen Bereich jährlich rund 900 Millionen Euro für Menschen, die sonst aufgrund einer Behinderung oder Erkrankung abgehängt wären und denen er mit der Finanzierung verschiedener Angebote auf die Füße hilft.

Jeder von uns kann auf seinem Lebensweg durch Krankheit oder Pflegebedürftigkeit ins Straucheln kommen. Der Bezirk spannt als überörtlicher Sozialhilfeträger mit ambulanten, teilstationären sowie stationären Beratungs- und Unterstützungsangeboten sowie zahlreichen eigenen Bildungseinrichtungen ein Netzwerk auf, das Betroffene und deren Angehörige auffängt. Auch dank des Engagements der SPD ist dieses Netzwerk in den vergangenen Jahren dichter sowie in die Fläche getragen worden. Dabei treten wir zudem für kurze, bürokratiearme und barrierefreie Wege zur Hilfestellung ein.

Ausbau des Sozialstaates vorantreiben

Die Zeiten, in denen wir uns bewegen, sind durch Corona, Ukraine-Krieg sowie Inflation schwieriger geworden. Ich trete als Bezirksrat weiterhin dafür ein, dass wir bei vielen Errungenschaften unseres Sozialstaats keine Kehrtwende vollziehen, sondern in der Unterstützung von Hilfsbedürftigen mutig vorangehen. Damit wird es uns außerdem gelingen, den aufkommenden Rechtsextremismus in unserem Land auszubremsten.

Der Bezirk treibt viel Gutes an

Viele Lebensbereiche werden über den Bezirkstag positiv vorangebracht, z.B. mittels Finanzierung des Fränkischen Seenlandes als Erholungsgebiet oder der Burg Abenberg als touristisches Wahrzeichen. Spitzenpositionen im überregionalen Vergleich nehmen die Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Triesdorf oder das Fränkische Freilandmuseum ein.

Viel Kompetenz und Erfahrung

Ich bewerbe mich darum, die politischen Entscheidungswege im Bezirkstag auch in den kommenden fünf Jahren mitlenken zu dürfen. Mit meiner Erfahrung als ehrenamtlicher Bezirks-, Kreis- und Stadtrat sowie meinem beruflichen Engagement als Vorstand bei einem Wohlfahrtsverband habe ich hierfür das nötige Rüstzeug im Gepäck. Mein familiärer Kompass sind meine Frau und unsere beiden Kinder. Einen Rückzug und Ausgleich



Sven Ehrhardt ist seit fünf Jahren Bezirksrat und mittlerweile Co-SPD-Fraktionsvorsitzender. 2023 führt der Rother Kreis- und Stadtrat die SPD als mittelfränkischer Spitzenkandidat in die Bezirkstagswahl.

finde ich beim Langstreckenlauf. Daher kennen mich viele Menschen auch von diversen Sportveranstaltungen. Für die Wahl am 8. Oktober bitte ich um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme.

Ihr

Sven Ehrhardt

IHRE ZWEITSTIMME FÜR UTE MAHL



Listenkandidatin für den Bezirkstag ist die SPD-Kreisrätin Ute Mahl aus Hilpoltstein. Die Landwirtschaftsoberrätin und Fachlehrerin für Hauswirtschaft führt zusammen mit Ben Schwarz den SPD-Unterbezirk Roth.

LISTE 5, PLATZ 24



Ben Schwarz

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen mein herzliches Dankeschön für das große Vertrauen auszusprechen, das Sie mir für das neue Amt als Landrat der Menschen im Landkreis Roth gegeben haben.

Die ersten Monate waren geprägt von vielen wunderbaren Begegnungen und Erlebnissen. Die Vielfalt an Veranstaltungen und das ehrenamtliche Engagement in den Vereinen und Verbänden sind für mich nach wie vor überwältigend. Gleichzeitig habe ich im Landratsamt - mit allen dazugehörigen Einrichtungen - einen sehr warmen und offenen Empfang erlebt und freue mich darauf, mit den Kolleginnen und Kollegen für eine gute Zukunft der Menschen im Landkreis zu arbeiten.

Wichtig ist mir, zusammen mit Ihnen die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen im konstruktiven Dialog anzugehen, sowie ökologische, ökonomische und soziale Themen zu verbinden.

Herzlichst, Ihr Landrat

Ben Schwarz

Unterbezirk
Roth

SPD